

Schubhaft: Kritik an der MA 62

Unterschriften für einen Abgeschobenen

Wien - Fünf Jahre lang hat sich Mustafa, heute 18 Jahre alt, so gut er konnte, in Österreich integriert. Nun darf er laut Bescheid der Fremdenpolizei fünf Jahre lang nicht mehr nach Österreich. Mu-

stafa wurde während seines laufenden Verfahrens nun eine Aufenthaltsbewilligung in die Türkei abgeschoben. Zwar es nur drei Tage länger in Schubhaft gewesen, hätte für den Unabhängigen Verbraucherschutz (UVS) Konsequenz: Mit dem Bescheid, daß die Verhängung der Schubhaft in seinem Fall unzulässig sei. Nun haben Mustafas Freunde, Kollegen und Betreuer eine Unterschriftenaktion für die Aufhebung des Aufenthaltsverbotes gestartet.

Die Aktion war widerrechtlich, behauptet Mahmud, Chefi vom Multikulturellen Netzwerk in Wien, bei dem Mustafa im Rahmen der Parkbetreuung eine wertvolle Hilfe war. Die Wiener Rechtsanwältin Helga Wagner, die schon den UVS-Spruch erwirkt hatte, bereitet nun eine Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof vor. Sie vermißt bei der Fremdenbehörde (MA 62) vor allem „ein bißchen guten Willen“. Mustafa war 1993 als damals 13-jähriger nach Wien gekommen. Ohne Visum, das hatte er bis zuletzt nicht, weil es sein Vater nie beantragt hat. Dafür hat Mustafa in Österreich den Hauptschulabschluss, viele Freunde und berufliche Perspektiven, obwohl er als Minderjähriger einmal als unangemeldeter Aushilfskellner aufgefallen war.

In der Türkei lebt Mustafa als Fremder. Hubert Kraemer vom Multikulturellen Netzwerk bemüht sich, mindestens den türkischen Konsulat zu ihm nicht abreißen zu lassen. Kraemer: „Er ist total fertig, vermißt Österreich. Und wir vermissen ihn.“

Mit 13 gekommen, mit 18 in Schubhaft

Jugendlicher war mit Onkel eingereist - Hoffen auf eine humane Lösung

Wien - Vor fünf Jahren kam Baris K. nach Österreich. Mit seinem Onkel, der sein Vormund wurde, weil, so steht es in der Adoptionsurkunde, die Eltern Baris in der Türkei nicht mehr ernähren konnten. Baris war 13 Jahre alt, als er in Wien ankam.

Er war mit einem Touristenvisum eingereist. Das erfuhr er allerdings erst später.

als er schon in Wien war und die Probleme anfangen. Als er immer wieder einen Antrag auf eine Aufenthaltsgenehmigung stellte, um seinen Aufenthalt in Wien zu legalisieren, der Antrag aber immer wieder abgelehnt wurde - in allen Instanzen. Eben weil er mit dem Touristenvisum eingereist war.

hier zur Schule gehen. Er mußte nur immer wieder Strafe zahlen, ein paar hundert Schilling, eben wegen des Touristenvisums. Fünf Jahre lang zog sich das so dahin, ohne daß sich an Baris K.s Aufenthaltsstatus etwas geändert hätte.

Jetzt ist er 18 Jahre alt, seit Sommer mit der Schule fertig. Er arbeitet seit einem Jahr bei der Katholischen Jugend mit und auch beim Jugendprojekt „Echo“. Und Baris hat eine Zusage, beim Arbeitsmarktervice den Kurs „Zeitraum“ und damit eine weitere Ausbildung zu machen.

Ausweiskontrolle

Seit Freitag vergangener Woche ist das hinfällig. Am Freitag wurde Baris K. auf der Straße zufällig kontrolliert - und sitzt seither in Schubhaft. Eben weil er damals, vor fünf Jahren, mit dem Touristenvisum nach Österreich eingereist ist.

Die Katholische Jugend und der Verein „Echo“ bemühen sich, für Baris K. eine humane Lösung zu erreichen. Argumentieren, daß der Jugendliche integriert ist, daß er nicht vorbestraft ist und daß er sich immer um die Legalisierung seines Aufenthaltes bemüht hat. Und daß Baris nicht in eine Zukunft geschickt werden sollte, in der er nicht wissen, was er machen sollte.

Die Wiener Aufenthaltsbehörde erklärt sich auf Anfrage für unzuständig, da das Verfahren in höherer Instanz sei, das Innenministerium verweist an die Fremdenpolizei. Von dort war bis Redaktionsschluß keine Stellungnahme zu erhalten. (ell)



Jugendliche und Jugendarbeiter vom Verein Echo protestierten Sonntag abend gegen die Abschiebung von Baris Keles. Und forderten Amnestie für papierlose Jugendliche. Foto: Fischer

Baris wurde abgeschoben - und zum Symbolfall für „Papierlose“

Wien - Vom Flughafen aus rief Baris Keles noch einmal seine Freunde an. Er war im Pyjama. Und hatte nicht mehr als 500 Schilling. Kleidung oder persönliche Gegenstände hatte der Jugendliche nicht mehr aus seiner Wohnung holen dürfen - zu eilig hatten es die Behörden, ihn in die Türkei abzuschieben.

Fünf Jahre hatte Baris in Österreich gelebt - bis zum vergangenen Freitag. Er war mit seinem Onkel, seinem Vormund, als 13jähriger gekommen. Mit einem Touristenvisum. Wie er später erfuhr, als die Probleme begannen: Als er immer wieder einen Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung stellte, um seinen Aufenthalt zu legalisieren - die Anträge wegen seiner Einreise mit dem Touristenvisum aber abgelehnt wurden. Solange er hier zur Schule ging, durfte Baris bleiben. mußte hin und wieder Strafe zahlen - ohne daß sich an seinem Aufenthaltsstatus etwas geändert hätte. Seit Sommer ist er mit der Schule fertig, arbeitet bei zwei Jugendprojekten mit - wenn auch nicht angestellt, weil er wegen seines Aufenthaltsstatus' keine Ar-

beitsgenehmigung bekam. Freitag vor zwei Wochen wurde Baris nach einer zufälligen Kontrolle in Schubhaft genommen, vergangenen Freitag abgeschoben.

Zumindest 40 „Fälle“

„Wir sind zornig! Wir haben Angst vor der Zukunft der Jugendlichen!“ - So protestierten Sonntag abend Jugendliche und Jugendarbeiter bei einer Versammlung gegen die Abschiebung von Baris Keles. Der zum Symbolfall wurde - aber kein Einzelfall ist. „Wir kennen 40 Jugendliche, die schuldlos ohne Aufenthaltsrecht sind“, meint Sanol Ak-

kilic vom Jugendprojekt „back on stage“. „Viele Jugendliche werden durch bürokratische Hürden in die Illegalität getrieben“, heißt es in der Petition, die der Verein Echo verabschiedet hat. Der Aufenthaltsstatus sei oft die Schuld der Erziehungsberechtigten - die Konsequenz für die Jugendliche heiße aber: keine Arbeitsgenehmigung. Ständig Angst vor der Abschiebung.

Daher haben sich Jugendprojekte zusammengeschlossen, fordern eine „Amnestie für papierlose Jugendliche“. Damit sich der Fall Baris Keles nicht wiederholt. Und Baris zurückkommen kann. (eii)

Generalamnestie für „papierlose“ Jugendliche gefordert

Eva Linsinger

Wien - Wochenlange Hungerstreiks. Dramatische Kirchenbesetzungen. Petitionen von Künstlern. - Aus der Protestwelle gegen den Gesetzesentwurf des neogaullistischen Innenministers, der illegale Zuwanderung bekämpfen sollte, wurde im Sommer 1996 eine Kraftprobe zwischen Einwanderern und französischer Regierung. Seither sind die „Sans-Papiers“, die Papierlosen, ein Begriff - und immer wieder Streitpunkt, auch in der neuen Linksregierung: Das Jospin-Kabinett hat die Hälfte der 120.000 „Sans-Papiers“ legalisiert - Grüne und Kommunisten wollen aber dauerhaftes Bleiberecht für alle Einwanderer.

Angst vor Abschiebung

Nach dem Vorbild der französischen Protestbewegung wollen Jugendprojekte in Wien über „Papierlose“ diskutieren - vor allem über papierlose Jugendliche. Zumindest 40 jugendliche Migranten seien ohne Aufenthaltsrecht - schuldlos, da es deren Eltern versäumt hätten, die Jugendlichen zu legalisieren, heißt es bei *back on stage* - wobei diese 40 nur die bekanntesten Fälle

seien. Wenn die Jugendlichen kein Bleiberecht bekommen, bedeute das Abrutschen in die Illegalität, ohne Chance auf eine Arbeitsgenehmigung und einen legalen Job, in ständiger Angst vor einer Abschiebung. Die Jugendorganisationen *back on stage* und *Echo* fordern daher eine Amnestie für papierlose Jugendliche.

Brauner: Helfen

„Eine Generalamnestie kann ich mir nicht vorstellen, weil ich mit über-den-Kamm-scheren vorsichtig bin“, sagt Wiens Integrationsstadträtin Renate Brauner (SPÖ) zum STANDARD. Aber: „Es gibt Jugendliche, die aufgrund von Fehlern ihrer Eltern keinen legalen Aufenthaltsstatus haben. Wir versuchen, denen zu helfen - auch weil es sinnlos ist, sie vorher hier zu integrieren zu versuchen, mit Integrationsklassen in Schulen und so weiter, und dann irgendwohin abzuschieben, wo sie nicht daheim sind.“

Daher gibt Brauner für Jugendliche, die den Großteil ihres Lebens in Wien verbracht haben, die Linie vor: „In Fällen, wo wir einen Entscheidungsspielraum haben, bemühen wir uns, ihn zu nutzen.“ Für eine ganz spezielle Gruppe will sie noch mehr: „Für die Jugendlichen, die hier in Österreich geboren sind, kann ich mir auch eine generelle Lösung vorstellen.“

Für Baris Keles, einen 18jährigen, kommen diese Lösungsansätze zu spät. Er wurde vergangene Woche abgeschoben - und bei einer Protestveranstaltung von Jugendprojekten am Sonntag abend zum Symbolfall für „papierlose Jugendliche“.

WAS FEHLT

Lösung für illegale Jugendliche Baris K. war 13 als er mit einem Touristenvisum zu seinem Onkel nach Wien reiste. Anträge auf dauerhaften Aufenthalt wurden abgelehnt. Der junge Türke blieb trotzdem. Heute ist der mittlerweile 18jährige genauso viel oder wenig in die Gesellschaft integriert wie andere österreichische Halbwüchsige. Letzte Woche wurde Baris abgeschoben. Der Verein *Echo* will bei Innenminister Karl Schlögl für ihn vorsprechen. Vielleicht hat die Initiative Erfolg. Unbeantwortet bleibt aber die Frage, was mit den vielen anderen ausländischen Jugendlichen, die ohne Aufenthaltsbewilligung im Land sind und für ihre Situation nichts können. Dazu hat Schlögl bisher geschwiegen.

FALTER 3/99

STANDARD

20. J. PP

Jugendliche in Türkei und nach Ungarn abgeschoben - Petition bei Minister

Für „Papierlose“ bei Schlögl

Jugendarbeiter und SP-Gemeinderat wollen Lösung für illegale Jugendliche

Eva Linsinger

Wien - Ajvazi, 17. Mit zehn nach Wien gekommen, seine Eltern leben hier, er auch, aber ohne Papiere. In der Türkei kennt er niemand. - Drei Geschwister, aus Rumänien. Sie kamen vor Jahren, ohne Papiere, gehen in Wien zur Schule. Der älteste ist mit der Schule bald fertig, ohne Aufenthaltsgenehmigung wird er keine Arbeitsgenehmigung bekommen. - Klaudia, seit 1989 da, seit 1997 ohne Visum. Schwanger, damit ist der oder die nächste Illegale unterwegs. - Baris. Mit 13 kam er nach Wien, mit 18 wurde er in die Türkei abgeschoben.

Das war vor drei Wochen und ist für Wiens Jugendarbeiter zum „Symbolfall“ geworden. Laut dem Wiener Jugendarbeiter Anton Schmidt leben etwa 200 Kinder und Jugendliche „illegal“ in Wien - meist, weil ihre Eltern versäumt haben, sich um ein Visum für die Kinder zu kümmern. Die Jugendarbeiter versuchen, für diese „papierlosen“ Jugendlichen, die in Österreich integriert, aber ohne Aufenthaltsgenehmigung sind, eine Lösung zu erreichen - und sind deshalb am Montag bei Innenminister Karl Schlögl.

Heinz Vettermann, SPÖ-Gemeinderat in Wien und Obmann der Wiener Jugend-



Baris Keles wurde vor drei Wochen in ein türkisches Dorf abgeschoben - und zum Symbolfall für Papierlose. Foto: Linsinger

weil er das Anliegen der Jugendarbeiter unterstützt. „Es gibt Fälle, wo Jugendliche schuldlos illegal sind. Da muß man einen humanen Weg suchen, die Legalisierung zu erreichen. Diese Jugendlichen sind integriert - und es ist auch, etwa durch die Schule, eine ökonomische Investition passiert. Da sehe ich nicht ein, daß die abgeschoben werden sollen“, sagt Vettermann zum STANDARD.

„Gesetz ändern“

Abgesehen davon will er beim Innenminister und Parteifreund dafür plädieren, eine generelle Lösung zu erreichen, um künftige „Einzelfälle“ zu vermeiden: „Wir müssen überlegen, wie wir das Aufenthaltsgesetz ändern - damit nicht Leute, die als Kinder gekommen sind, ohne eigene Schuld kein Visum haben, die halbe Schulzeit hier verbracht haben und heimisch sind, legalisieren können.“ Das sei aber eine längerfristige Perspektive.

Kurzfristig soll den „papierlosen“ Jugendlichen geholfen werden. Dafür setzt sich auch Johannes Seiner, Leiter des Integrationsfonds ein. Er schreibt an den „lieben Karl Schlögl“: „Ich ersuche Dich, für diese Gruppe von Jugendlichen eine positive und humanen Grundwerten der SPÖ verpflichtete Lösung

Alles wird gut IV Baris Keles - im Jänner in die Türkei abgeschoben (Falter 5/99) - hat mittlerweile eine mächtige Lobby. Jedenfalls unterstützt ein Vier-Parteien-Beschluß die Forderung der Wiener Jugendarbeiter von „Back on Stage“, „Echo“ und „Backbone“, eine Lösung für Baris und jene Jugendlichen zu finden, die ohne eigenes Verschulden zu „Illegalen“ geworden sind. SPÖ, ÖVP und Liberales Forum unterstützen im Landtag einen Antrag der Grünen, in dem eine „humane Lösung“ für papierlose Jugendliche gefordert wurde. Darüber hinaus sprachen sie sich für eine Legalisierung aller Jugendlichen aus, die „schon länger in Österreich leben und die halbe Schulzeit in Österreich verbracht haben, aber ohne Eigenverschulden über keine Niederlassungsbewilligung verfügen“. Der Ball liegt bei Innenminister Karl Schlögl.

Falter 8/99

Illegale Jugendliche: Petition an Minister

Sozialarbeiter wollen von Innenminister Karl Schögl mehr Rechte für Kinder, denen Abschiebung droht

Im Alter von 12 kam Angelika mit Pflegeeltern aus Belgrad nach Wien. Hier absolvierte sie die letzten zwei Hauptschulklassen. Ihre ersten Lebensjahre hatte Angelika in jugoslawischen Heimen verbracht, „meine eigene Mutter vielleicht einmal eine halbe Stunde gesehen“, schildert sie. Zwischen ihr und den Pflegeeltern häuften sich die Probleme, Angelika lebte die weiteren Jugendjahre in Wiener Hei-

men. Mit 18 wurde sie – als jugoslawische Staatsbürgerin – großjährig, man kam drauf, daß sie kein Aufenthaltsrecht hatte. Damit war das Mädchen illegal in Wien.

Cevad, heute 21, wohnt, seit er sich erinnern kann, in Wien. Mit drei Jahren kam er her, erzählt er in starkem Wiener Dialekt. Natürlich machte er hier die Schule. „In den letzten Monaten der 4. Klasse gab's Probleme.“ Cevad geriet ins Umfeld da-

maliger Jugendbanden, wurde straffällig. „Aber ich bin allein vier Monate in U-Haft gesessen.“ Die spätere gerichtliche Verurteilung wurde auf Bewährung ausgesprochen – wenn er seine Lehre ohne Anstand durchzieht. Während seines ersten Lehrjahres wurde der Bursch abgeschoben. In eine „Heimat“, wo er nie zu Hause war. Cevad landete in einem Dorf, „in dem nur ein paar alte Leute leben, die meisten Häuser stehen leer, die arbeiten und leben alle in anderen Ländern.“ Der Junge schlug sich dorthin durch, wo er sich zu Hause fühlt – nach Wien. Hier lebt er nun als U-Boot.

Soundähnlich wie den beiden geht es einigen Dutzend Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Vertreter der mobilen Wiener Jugendarbeit trafen Montag Innenminister Karl Schögl, um ihm fünf konkrete jugendliche Schicksale zu präsentieren – Kinder, die hier zu Hause sind, für die Wienerisch die Muttersprache ist, und die ständig in Angst leben, abgeschoben zu werden. Um ihnen Perspektiven zu verschaffen, verlangen die mobilen Jugendarbeiter vom Innenminister: Amnestie für integrierte, aber schuldlos illegal hier lebende Jugendliche und junge Erwachsene; Aufenthaltsrecht für integrierte Jugendliche, unbeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt; eigene Visa für Jugendliche statt Familienvisa; keine Abschiebung während laufender Verfahren. heinzwagner



Bild: Heinz Wagner

Jugendbetreuer fordern Amnestie für schuldlos illegale Jugendliche

STANDARD
M.D. 19

Illegalen ein Bleiberecht

STANDARD-Korrespondent
Andreas Feichter aus Rom

Die Regierung in Rom vergibt 250.000 Aufenthaltsgenehmigungen an illegale Einwanderer. Italien öffne damit aber nicht den Illegalen Tür und Tor, sondern versuche nur, die unerträglich gewordene Situation mit Hunderttausenden widerrechtlich im Land lebenden Menschen zu bereinigen, die Arbeit gefunden hätten und oft gar nicht abgeschoben werden könnten, antwortete Innenministerin Rosa Russo Jervolino auf die Kritik der Rechtsopposition.

Im November und Dezember hatten illegale Einwanderer die Möglichkeit erhalten, ihre Rechtsposition zu klären und um eine reguläre Aufenthaltsgenehmigung anzusuchen. Anstatt der von der Regierung erwarteten 50.000 meldeten sich nicht weniger als 308.000 Antragsteller. Von

diesen erfüllten laut Innenministerium gut 250.000 die Bedingungen für eine ordentliche Aufenthaltsgenehmigung: Die illegal Eingewanderten müssen nachweisen, daß sie eine Wohnung haben und einer Arbeit nachgehen. Außerdem darf der Bewerber nicht vorbestraft sein und muß nachweisen, daß er sich seit einem Jahr in Italien aufhält. Wer diese Bedingungen nicht erfüllt, soll umgehend ausgewiesen werden.

Die meisten der jetzt legalisierten Einwanderer kommen aus Albanien (etwa 40.000), weitere 25.000 sind Rumänen. Aus den nordafrikanischen Ländern Marokko, Algerien und Tunesien werden an die 50.000 Menschen in den Genuß der neuen Bestimmung kommen. Rom will aber auch härter gegen Schlepper vorgehen, deren Boote künftig der Küstenwache übergeben oder zerstört werden.

K/NO/W DER STANDARD 9

Neue Hotline für „papierlose“ Jugendliche

Wien - Die Mobile Jugendarbeit Wien richtet ab heute, Montag, eine Telefon-Hotline für „papierlose“ ausländische Jugendliche ein, die kein Aufenthaltsrecht und keine Arbeitsbewilligung haben. Wie DER STANDARD bereits mehrmals berichtete, sind viele Jugendliche oft schuldlos, weil sie aufgrund von Versäumnissen ihrer Erziehungsberechtigten nicht über die notwendigen Genehmigungen verfügen. In der Vorwoche haben Jugendarbeiter eine Petition an Innenminister Karl Schlögl übergeben. Der versprach, anhängige Fälle eingehend zu prüfen. Die neue Hotline lautet: 0676/ 56 64 965. (red)

Standard, 15. II. 1999

Keine Amnestie für „papierlose“ Jugendliche

Wien - Sie kamen meist mit den Eltern. Die ihre Kinder mitnahmen, ohne für sie ein Visum zu organisieren, und hoffen, daß es in Österreich schon irgendwie gehen würde. Es ging auch irgendwie, meist, solange die Kinder in der Schule waren. Danach gingen aber die Probleme erst so richtig los: Ohne Aufenthaltsgenehmigung keine Arbeitsgenehmigung und umgekehrt - egal, wie integriert die Jugendlichen sind.

Zumindest 40 „Fälle“ von Jugendlichen, die ohne eigene Schuld zu „Papierlosen“ wurden, kennen die Wiener Jugendarbeiter. Sie waren daher am Montag nachmittag bei Innenminister Karl Schöllg, um auf die „triste und ausweglose Situation“ der Jugendlichen hinzuweisen, die ohne Papiere keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben.

Eine gesetzliche Änderung - eine generelle Amnestie für papierlose Jugendliche nach dem Vorbild Frankreichs oder Italiens - lehnte Schöllg ab. Er kann sich aber Einzellösungen für Einzelfälle vorstellen: So hat er zugesagt, daß seine Mitarbeiter alle Fälle, die ihm die

In Wien sitzen so viele minderjährige Flüchtlinge in Schubhaft wie selten zuvor. Das Jugendamt hat in zwei Fällen Beschwerde eingereicht, berichtet Kerstin Scheller.

Wien - 26 minderjährige Flüchtlinge befinden sich derzeit in Wien in Schubhaft. Es sollen noch nie so viele gewesen sein. Vor einem halben Jahr hat Innenminister Karl Schöllg im STANDARD-Interview verkündet, er werde „alles unternehmen, um Kinder aus der Schubhaft zu holen“. Davon merkt der Schubhaftsozialdienst in Wien nichts.

Minderjährige, die ohne Begleitung von Familienangehörigen aufgegriffen werden, landen automatisch in Schubhaft, so der Eindruck der Wiener Schubhaftbetreuer: „Das ist nichts Außergewöhnliches.“ So geschehen auch bei einem 14jährigen und einem 15jährigen Buben aus Bangladesch. Gemeinsam mit sechs weiteren jugendli-

chen Bangladeschi wurden am 23. Dezember an tschechischen Grenze festgenommen und direkt nach Wien ins Gefangenhaus gebracht. Denn es sei davon abzusehen, daß sie leicht wieder nach Tschechien abgeschoben werden können, heißt beim Schubhaftsozialdienst. Noch läuft allerdings Asylverfahren.

Am 29. Jänner erfuhr Gerhard Wallner, Rechtsfürsorger des Jugendamtes, daß er je Buben, die noch nicht 16 Jahre alt sind, im Asylverfahren rechtlich zu vertreten hat. Ab 16 Jahre gelten Flüchtlinge laut Asylgesetz nicht mehr als Jugendliche, und deshalb die Fürsorge nicht zuständig.

„Ich habe in den beiden Fällen sofort eine Schubhaftbeschwerde eingereicht“, so Wallner. Denn, so heißt es im neuen Asylgesetz, vor alle für Minderjährige soll das mildere Mittel angewendet werden, etwa die Aufnahme in ein Jugendheim. Doch bei der Betreuung von Minderjährigen gebe es nach wie vor Österreich „massive Defizite“, so Heinz Fronck von der Asylokoordination.

Um die Situation zu verbessern, plädiert er für „Clearingstellen“. Dort könnten Minderjährige zur Betreuung auf Hilfe in ihrer psychische Ausnahmesituation erhalten. Schöllg hält indes die Schubhaft speziell für jugendlich als einzige Alternative: „Wenn man sie zurückstellen will, dann gibt es nur die Chance, wenn sie in Schubhaft bleiben. Sonst sind sie weg.“

Mustafa soll wieder kommen!

Kids setzen sich für ihren abgeschobenen Freund ein und sprachen im Ministerium vor

„Eins versteh' ich nicht“, meint Christian zum Schul-KURIER. „Erst reicht man ihm die Hand, lässt ihn hier die Schule fertig machen und dann zieht man diese Hand wieder weg.“

Das Wegziehen erfolgte ziemlich brutal. Wie der Blitz aus heiterem Himmel traf Mustafa und mit ihm seine engsten Freunde im Herbst des Vorjahres die Abschiebung des Jungen. Über sechs Jahre lebte Mustafa in Wien, hier wollte er auch bleiben, nach der Schule einen Beruf erlernen und (legal) arbeiten. Letzteres spießte sich, denn vier Anträge auf ein Bleiberecht scheinen im bürokratischen Dschungel hängen geblieben zu sein. Kein Visum bedeutet aber auch kein Recht auf Beschäftigung – und so kam's, wie's scheinbar kommen musste: Mustafa wurde bei Schwarzarbeit erwischt und im Herbst erfolgte, trotz Einspruchs und damit laufendem Verfahren, die Verhängung der Schubhaft samt späterem Abtransport nach Yozgat (mittlere Türkei). Dort fühlt sich Mustafa nicht nur nicht zu Hause, demnächst droht ihm die Einziehung zum Militär.

Drei Tage nach der Abschiebung (12. 10. '98) gab der Unabhängige Verwaltungssenat (überprüft Be-



Mustafa (2. von links) mit seinen Freunden bei der Lieblingsfreizeitbeschäftigung: Kicken im Park

ördenentscheidungen auf Antrag hin) der Beschwerde der Anwältin Recht. Die Abschiebung war nicht zulässig, so der UVS. Was Mustafa nichts nützte.

Auf eines jedoch kann er bauen: auf das Engagement seiner Freunde. Sogar zwei Vertreter des Innenministeriums zeigten sich davon beeindruckt, dass die Kids mit 293 Unterschriften für die Rückkehr ihres Freundes zum Gespräch erschienen.

Für sie, so schildern der Großhandelslehrling Christian, Volkan (Handelsschüler), HTL-Schüler Cemil und Sükrü (Bauspengler) dem Schul-KURIER ziemlich bedrückt, doch kämpferisch, war's sonnenklar, den Freund nicht im Stich zu lassen. „Wir haben ständig mit-

einander im Park (Ecke Kaiserstraße/Lerchenfelder Straße, „eigentlich heißt er Josef-Strauß-Park, aber alle sag ma Kaiserpark“) Fußball gespielt oder sind bei ihm zu Haus g'sess'n oder sind ins Kaffeehaus gegangen und haben g'redet. Und überhaupt ist der Mustafa so hilfsbereit, einfach ein Super-Freund.“

Ja, und als die Burschen von Mustafas Vater das mit der Abschiebung erfahren haben, „da sind wir im Multikulturellen Netzwerk zusammengekommen und haben gedacht, wir müssen was tun“ (Volkan), „nicht nur für Mustafa, auch für all die anderen, denen ähnliches passiert“, ergänzt Christian. So tauchte die Idee einer Unterschriftensammlung auf und Maamoun vom Multikultu-

rellen Netzwerk versuchte einen Termin bei Österreichs Innenminister Karl Schlögl für die Kids zu organisieren. Was (fast) gelang.

Dr. Manfred Matzka und Mag. Peter Andre vom Büro des Ministers empfingen Mustafas Freunde und setzten sich, nachdem sich diese nicht mit einem ersten Schwall juristischer Floskeln zufrieden gaben, mit deren Fragen und Vorschlägen auseinander. Sollte Mustafas Vater (aus dem Ausland) einen Antrag auf Niederlassungsbewilligung für seinen Sohn stellen, werde man diesen wohlwollend und rasch behandeln, sicherten die beiden Herren den vier Freunden zu.

Hotline für „papierlose“ Kinder und Jugendliche: ☎ 0 67 6/566 4 965

Ausländer-Debatte im Gemeinderat:**„Brunnenvergifter“
kontra „Schutzgeld“****Wilde FPÖ-Ausritte gegen Integrationsfonds**

Wien - Der Wiener Integrationsfonds bekommt heuer 75 Millionen Schilling (5,45 Mio Euro) Subvention. Und das wurde bereits im Jänner - statt wie 1998 erst im Frühjahr beschlossen. Grüne und LiF verließen während der Abstimmung den Saal - obwohl sie für diese Dotierung waren. Denn: Das Budget solle erst nach der Einigung zur künftigen Fonds-Struktur beschlossen werden. Wobei auch NGOs ins Kuratorium kommen sollten. Die nächste Verhandlungsrunde dazu ist für 10. Februar anberaumt.

Für Integrationsstadträtin Renate Brauner (SPÖ) kein Argument: „Diese Subvention ist die Arbeitsgrundlage der Fonds-Mitarbeiterinnen - und hat mit dessen Organisationsform nichts zu tun.“ Außerdem: „Daß das Budget am Anfang des Jahres erstellt wird, sollte eine Selbstverständlichkeit sein. In den Vorjahren war die damalige Leitung nicht in der Lage, rechtzeitig Konzepte vorzulegen.“

Zitate von Koch

Dafür nimmt sich jetzt die FPÖ des früheren Fondsleiters Max Koch an und zitiert ihn eifrig. Da Koch wiederholt erklärt hatte, der Integrationsfonds sei eigentlich nicht mehr nötig. „Koch ist ein Mann, der es ja wissen muß“, so FPÖ-Gemeinderat Heinz Christian Strache. Und FP-Clubobmann Hilmar Kabas: Der Fonds „hetzt in Broschüren gegen Inländer. Indem er

ausländischen Jugendlichen Halbjahreskarten für Fitnesscenter schenkt, damit sie nicht Schutzgelder erpressen.“ Die FPÖ forderte die Auflösung des Fonds.

Damit nicht genug. Strache: Es seien „Deutschkurse mit 17 Mio. Schilling (1,235 Mio. Euro) subventioniert worden. Obwohl nur 3500 Menschen teilnahmen. Da werden wohl die Mitarbeiter ordentlich kassiert haben.“ Und überhaupt: „Der Islam ist in Wien zur zweitstärksten Religion geworden, mit allen Konsequenzen.“ (Kabas). „Man muß illegale aufgreifen, die vielleicht kriminelle Taten hier begehen.“ (Strache)

Die grüne Gemeinderätin Maria Vassilakou präsentierte so ein „illegales“ Beispiel: „Claudia ist illegal, obwohl sie hier aufgewachsen ist. Jetzt ist sie 22 Jahre und im 6. Monat schwanger. Das Baby in ihrem Bauch ist auch illegal. Wir

sollten nachdenken, wie wir helfen können. Sie denken nur daran: Schicken wir sie mit ihrem Bauch nach Hause.“

LiF-Gemeinderat Marco Smoliner kritisierte die „deutschnationalen Heimatbegriffe des beginnenden Jahrhunderts“ der FPÖ, es sei „weder sprachlich noch inhaltlich möglich, sich auf diesem Niveau auseinanderzusetzen“. Auch VP-Gemeinderat Walter Strobl wollte sich „nicht mit menschenverachtenden Brunnenvergifter-Ideologie“ abgeben.

Und SP-Gemeinderat Godwin Schuster: „Es ist widerlich. Sie wollen gleichgeschaltete Menschen, die ihre Identität, ihre Religion und Kultur aufgeben. Die nur das denken und sagen, was Sie wollen.“ Sein Beitrag ging im Geschrei der FPÖ unter. Die FPÖ-Vorsitzende ermahnte: „Herr Gemeinderat Schuster, Ihre fünf Minuten sind um.“ (frei)

LiF: Keine Schubhaft für Jugendliche

Sofortige Amnestie für „Papierlose“ gefordert

Wien - „Unerträglich.“ - Das ist der schlichte, aber harte Kommentar der Liberalen Volker Kier und Marco Smoliner zur Situation minderjähriger Flüchtlinge, die ohne Eltern kommen. Im besseren Fall landeten Jugendliche in „irgendeinem Heim, wo sich niemand um sie kümmert“ (Smoliner) - im schlechteren Fall in Schubhaft.

Osterreichweit sitzen laut Schätzungen von Experten ständig 50 Jugendliche in Schubhaft. Wie viele es genau sind, will Kier in einer parlamentarischen Anfrage von Innenminister Karl Schlögl wissen.

Wenn es nach ihm und Smoliner ginge, sollte kein einziger Jugendlicher in Schubhaft sitzen müssen: „Kinder gehören nicht eingesperrt, nur damit man sie besser administrieren kann“, forderten sie die Abschaffung der Schubhaft für Jugendliche. Statt dessen solle die „derzeit überforderte“ (Kier) Jugendwohlfahrt sie besser betreuen. Denn derzeit erfüllte sie ihre Vormundschaftspflicht nicht ausreichend, kritisierte Kier. „Diese Situation ist untragbar.“ Eine Ansicht, der sich die Grüne Terezija Stoisits nur anschließen konnte.

Innenminister Schlögl konterte: Bei Jugendlichen werde die Schubhaft möglichst vermieden, sie werde nur verhängt, wenn die Identität der Minderjährigen nicht feststellbar sei und somit die Altersangaben zu überprüfen seien. Wieviele Jugendliche in

Schubhaft sitzen, darüber werde im Ministerium derzeit eine Dokumentation angelegt.

Smoliner und Kier liegen aber nicht nur jugendliche Asylwerber am Herzen. Sie forderten auch Lösungen für die „papierlosen“ Jugendlichen, die meist wegen der Versäumnisse ihrer Eltern keinen legalen Aufenthaltsstatus in Österreich haben - obwohl sie die Schule besucht haben und integriert sind. Das LiF verlangt, diese Jugendlichen „sofort provisorisch zu Nicht-Papierlosen zu machen“ und ihnen Amnestie zu gewähren. Das kann sich der Innenminister nicht vorstellen. Er kündigte aber eine „humanitäre Lösung“ für „konkrete Fälle“ an. (eli)

Kommentar Seite 40

WIRTSCHAFT

„Menschen-„last“ soll verteilt werden“

Die EU-Innen- und Justizminister haben sich bei einem informellen Ministerat in Berlin für eine Lastenverteilung („Solidarausgleich“) unter den Ländern der Union bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus Krisen- und Kriegsgebieten ausgesprochen. Innenminister Karl Schlögl betonte, Österreich werde nur zustimmen, wenn die Frage der Verteilung der Flüchtlinge und die der finanziellen Belastungen geregelt werde. Die künftige Aufteilung der Lasten soll nach Schlögl auf Freiwilligkeit beruhen. Dies betreffe die Freiwilligkeit der Aufnahme sowie die Freiheit für einen Flüchtling, sich sein Zufluchtsland auszusuchen. (APA)

STANDARD 12. II. 1999

STANDARD, 12. II. 1999

LA-MASCHINEN als Flüchtlingslager

Innsbruck - Tirol sei „Paradebeispiel“ für eine gute Sicherheitspolitik. Wahlkampfge- recht verteilte Innenminister Karl Schlögl am Freitag bei einer Pressekonferenz in Innsbruck Komplimente. Schlögl betonte, daß die Befürchtungen wegen der Öffnung der Grenzen unter anderem wegen der guten Zusammenar- beit mit der deutschen und italienischen Exe- kutive nicht eingetroffen sein. Um Engpässe bei „Massen- anstürmen“ von illegalen an der Tiroler Grenzen zu vermeiden,



soll in Tirol noch im laufenden Jahr eine Un- terbringungsmöglichkeit in der aufgelassenen Bundesheerkaserne in Hall oder in Imst einge- richtet werden.

Neuerlich betonte der Minister, daß in Öster- reich kein Kind in Schubhaft sei. Bei Jugendlichen werde die Schubhaft in einigen Fällen verhängt, wenn sie ohne Dokumente aufgegrif- fen würden oder stratfällig geworden seien. Schlögl verwies darauf, daß in Europa eine massive Zunahme von illegalen Einwanderern gebe, die ohne Ausweise angetroffen würden. In einigen Staaten gebe es deshalb bereits Überlegungen, solche Asylbewerber generell zurückzuweisen, sofern sie nicht glaubhaft er- klären könnten, warum sie keine Dokumente haben. (red)

Standard 13.114. II. 1999

Haft für Jugendliche

Eva Linsinger

Manche Kinder sind hochwillkommen. Sie werden um- wonen, sie dürfen mit Ministern bei Pressekonferenzen auftreten, um deren Familienfreundlichkeit zu demon- strieren und um Werbung fürs Kinderkriegen zu machen.

Manche Kinder sind überhaupt nicht willkommen. Daher müssen Jugendliche, die ohne Eltern kommen und Asyl wollen, in der Schubhaft warten, bis ihre Identität festgestellt ist. Si- cherheitshalber - weil sie sonst weg sind. Von der Innenmini- ster meint: Damit wird Asyl bewahrt. ~~Das ist aber~~ offenbar gar nicht ernsthaft. Nur logisch, bei einer ernsthaften Anerkennungquote von Asylwerbern. Was soll man sich vor- her groß um kindgerechte Unterbringung oder psychische Be- treuung kümmern, wenn sie sowieso nicht bleiben dürfen.

Wie viele Kinder und Jugendliche es sind, die in der Schub- haft auf den Ausgang ihres Asylverfahrens warten oder dort sit- zen, weil sie durch Fristversäumnisse oder andere Fehler ihrer Eltern zu Papierlosen geworden sind, kein Aufenthaltsrecht ha- ben und ihrer Abschiebung entgegensehen, weiß niemand ge- nau. So wenige wie möglich, sagt der Innenminister. Dem ist schwer zu widersprechen - denn Zahlen über minderjährige Schubhäftlinge hat das Ministerium nicht. Was insofern ver- wunderlich ist, als Minderjährige eigentlich gesondert unterzu- bringen wären - und es daher leicht sein müßte festzustellen, wie viele es sind.

Laut Sozialdienst sitzen allein in Wien derzeit 26 minderjäh- rige Flüchtlinge in Schubhaft. So viele wie noch nie. Um unter 16jährige kümmert sich die Fürsorge, um ältere niemand. Denn minderjährig ist bei Asylwerbern anders definiert als bei Öster- reichern: Als Flüchtling ist man nur bis 16 jugendlicher. Und willkommener Nachwuchs nie.

Standard, 12. II. 99

DER STANDARD 27.28. Februar 99

SAMSTAG/SONNTAG, 27./28. FEBRUAR 1999

Mit sechs nach Wien, mit 18 abgeschoben

Jugendarbeiter: „Bruch der Vereinbarung“

Eva Linsinger

Wien - Veroljub M. kam mit seiner Mutter nach Wien, als er sechs Jahre alt war. Ging hier zur Volksschule, ging hier zur Hauptschule. Irgendwann dazwischen hat seine Mutter eine Frist verpaßt - und Veroljub hat seine Aufenthaltsgenehmigung verloren. So lebte er seit 1992 illegal in Wien.

Lebte. Denn diesen Donnerstag wurde der 18jährige Jugendliche nach Jugoslawien abgeschoben.

Für Senol Akkilić, den Jugendarbeiter von „back on stage“, der sich gemeinsam mit anderen Jugendprojekten seit Wochen bemüht, das Problem der „papierlosen Jugendlichen“ zu thematisieren, ist das ein „Bruch der Vereinbarung mit dem Innenministerium“. Hätten doch die Ju-

gendarbeiter in einem Gespräch mit Innenminister Karl Schlögl besprochen, daß für papierlose Jugendliche, die den Großteil ihres Lebens in Wien verbracht haben, ohne eigene Schuld illegal wurden und keine Vorstrafe haben, eine humanitäre Lösung gesucht werden sollte.

„Veroljub ist für uns genau so ein klassischer Fall“, sagt Akkilić. Er hat daher um ein dringendes Gespräch mit dem Innenministerium ersucht - in dem Grundlagen geklärt werden sollen: „Der Minister soll uns sagen, nach welchen Kriterien er vorgehen will. Wenn das nicht passiert, können wir keine Fälle an das Ministerium liefern. Wir wollen ja nicht, daß mehr Jugendliche abgeschoben werden.“

Für Maria Vassilakou, Gemeinderätin der Grünen, ist die Vorgangsweise ein „Akt von ungeheurer Härte“. Angeblich sei der Abschiebungsgrund gewesen, daß Veroljub als nicht arbeitswillig eingestuft worden sei. Aus dem Innenministerium war dazu Freitag keine Stellungnahme mehr zu erhalten.

Vassilakou will jedenfalls „alles daran setzen, den Jugendlichen wieder zurückzuholen“. Klubchef Christoph Chorgherr ergänzt emotionell: „Wollen wir in einer Republik leben, wo junge Menschen, für die Österreich Heimat ist, mit 18 abgeschoben werden?“

Leserbrief

DER STANDARD 27.28.29

Nebenbei bemerkt

Betrifft: „Mit 6 nach Wien, mit 18 abgeschoben“, von Eva Linsinger

STANDARD Nr. 3101, 27. 2. 1999
Die Methode hat System. Schließlich und endlich spricht Herr Minister Schlögl von „Härtefällen“ und menschlicher Politik - und ändert nichts.

Nebenbei bemerkt, grenzt es ein bißchen an Perversität, wenn einerseits 16jährige Ausländer asyrisch wie Erwachsene behandelt werden, und andererseits 16jährigen Inländern das Wahlrecht

verweigert wird, mit dem Argument, sie seien zu jung. Welche Möglichkeiten, diesen Zustand zu beenden, gibt es nun? Es ist höchste Zeit eine menschenwürdige Politik zu betreiben - der sich vor allem ein Land verpflichtet fühlen muß, das von sich als Kulturlation spricht - statt Menschen, die noch dazu einen Großteil ihres Lebens in Österreich verbracht haben, die Staatsbürgerschaft zu verweigern. Die Unsitte, Kinder für die Irrtümer ihrer Eltern zu bestrafen, ist menschenverächtlich.

Andreas Michelfeit
1020 Wien

LÄNDERCHRONIK

WIEN

Hotline für Papierlose

Die Hotline, die die mobile Jugendarbeit Wien für „papierlose“ Jugendliche eingerichtet hat, wird heftig benutzt. Beinahe täglich werden den Jugendarbeitern neue Fälle bekannt. Trotz mancher Rückschläge wie der Abschiebung von Veroljub M. in der Vorwoche setzen die Jugendarbeiter darauf, gemeinsam und in gutem Gesprächsklima mit dem Innenministerium zu einer Lösung für die „papierlosen“ Jugendlichen zu kommen. Die Hotline lautet: 0676/ 56 64 965. (red)

DER STANDARD 6.7.3.98